



## Wer beim **eigenen Geldbeutel** nach dem Staat ruft, ...

von Johann-Magnus von Stackelberg, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands des GKV-Spitzenverbandes, Berlin



Johann-Magnus von Stackelberg

**Der Anspruch der Ärzteverbände an die Politik bereitet mir Sorgen. Mit ihrer Erwartungshaltung, die Politik habe für eine „angemessene“ Vergütung zu sorgen, befördern sie, was sie so fürchten: den Weg in die Staatsmedizin**

**Nach dem Abschluss** der Honorarverhandlungen Ende August verkündete die KBV stolz, dass sie die „höchste Honorarsteigerung seit dem Bestehen der Selbstverwaltung“ herausgeholt habe. Es ist kein Geheimnis, dass dieser einmalige Honorarzuwachs gegen die Stimmen der Kassenvertreter beschlossen worden ist. Es gab also eine Entscheidung, aber keine Einigung. Die Kassenvertreter sind am Verhandlungstisch geblieben und haben als gute Demokraten das gesetzlich vorgesehene Verfahren akzeptiert, statt wie drei Wochen zuvor die KBV die Verhandlungen einfach zu boykottieren und damit platzen zu lassen.

Ich bin froh, dass wir im Laufe der Verhandlungen einige Punkte durchsetzen konnten, die sich positiv auf das Versorgungsgeschehen auswirken werden. So hätte die schlichte Einführung des gesetzlich vorgesehenen einheitlichen Orientierungspunktwerts beispielsweise bei Präventionsleistungen dazu geführt, dass diese in 2009 im Vergleich zum Status quo deutlich geringer vergütet worden wären. Aus Sicht der Kassen und vieler Ärzte vor Ort ein unhaltbarer Zustand. Der Schlichter ist den Argumenten der Kassen gefolgt und hat eine kompensierende Höherbewertung dieser und anderer Leistungen im EBM vorgegeben. Auch konnten die Kassen durchsetzen, dass die zusätzlichen Mittel nicht einfach über einen höheren Preis ausgegeben werden. Stattdessen stehen sie für eine größere Leistungsmenge zur Verfügung und damit für die bessere Versorgung der Versicherten.

**Was mir jedoch Sorgen bereitet**, ist die Anspruchshaltung der Ärzteverbände an die Politik. Mit ihrer Erwartungshaltung, dass die Politik für die „angemessene“ Vergütung der Ärzte zu sorgen habe, befördern sie genau das, was sie angeblich so fürchten: den Weg in die Staatsmedizin. Wer bei dem eigenen Geldbeutel nach dem Staat ruft und ihn sich mit dessen Hilfe füllen lässt, der darf sich nicht wundern, wenn der Staat daraus weitergehende Einfluss- und Entscheidungsrechte gegenüber den Ärzten ableitet. Wie schnell dies ge-

schehen kann, können wir derzeit an der bayerischen Initiative zum verpflichtenden Abschluss eines Hausarztvertrages erkennen.

Zur Erinnerung: Der bayerische Gesetzesantrag, der von den dortigen Hausärzten initiiert worden ist, sieht vor, dass ab dem kommenden Sommer Kassen mit Hausarztverbänden, die mindestens 50 Prozent der Allgemeinmediziner vertreten, einen Vertrag zur hausärztlichen Versorgung schließen müssen und gleichzeitig mit anderen dann keinen mehr schließen dürfen. Alternative Vertragsformen dürften auf diesem Wege aussterben. Dies ist nicht Wettbewerb, sondern das Gegenteil! Entstanden ist dieser Gesetzesantrag durch den fortwährenden Druck der organisierten bayerischen Hausärzte im Vorfeld der Landtagswahl in Bayern. Die Mehrheitsführer haben ihre Forderungen an die Politik durchgesetzt. Den Preis zahlen die Hausärzte in allen anderen 15 Bundesländern und die Hausärzte, die gern einen anderen Vertrag abgeschlossen hätten. Denn dies geht nun nicht mehr.

**Wer zu oft nach dem Staat ruft**, darf sich nicht wundern, wenn er kommt. In diesem Jahr haben die Ärzte in bester Arbeitnehmermanier so lange unter Androhung von Streiks von der Politik höhere Honorare verlangt, bis die Politik diese herbeigeredet hat. Die Kassen setzen sich dafür ein, dass die Honorarverhandlungen als ureigenste Aufgabe innerhalb eines nicht-staatlichen Gesundheitssystems künftig auch tatsächlich und nicht nur theoretisch wieder in den Händen der Selbstverwaltungsorgane liegt. Wir würden uns freuen, die Ärzte-Vertreter künftig wieder ohne die Politik am Verhandlungstisch begrüßen zu können. ■

### A&W-KONTAKT

**Ihre Meinung ist uns wichtig.**

**Schreiben Sie uns:**

Redaktion ARZT & WIRTSCHAFT

Justus-von-Liebig-Str. 1, 86899 Landsberg

Fax: 08191 125-513, eMail: aw@mi-verlag.de

